

Bätzing-Lichtentäler (SPD-AK)

1. Die aktuelle Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt Rheinland-Pfalz bis 2050 CO₂-neutral zu machen. Dies entspricht nicht den wissenschaftlichen Empfehlungen zur Einhaltung des völkerrechtlich bindenden Pariser Klimaabkommens. Daher fordern wir die CO₂-Neutralität bis spätestens 2035. Wie stehen Sie dazu?

Für Rheinland-Pfalz nehmen wir uns in der Klimapolitik ein sehr ehrgeiziges Ziel vor und streben als eines der ersten Bundesländer vollständige Klimaneutralität bis 2040 an. Wir wollen eine Energiewende, die für alle finanzierbar ist mit dem Dreiklang „Energieeinsparung – Energieeffizienz – Erneuerbare Energien“.

2. Wie bewerten sie die bisherigen Leistungen der Landesregierung im Bereich Klimaschutz? Mit dem Klimaschutzgesetz und dem 2015 verabschiedeten Klimaschutzkonzept haben wir in Rheinland-Pfalz Pionierarbeit geleistet. Der Bund ist beispielsweise erst 2019 mit einem Klimaschutzgesetz nachgezogen.

Das im Jahr 2020 fortgeschriebene Klimaschutzkonzept umfasst aktuell 107 Maßnahmen aus acht Handlungsfeldern wie etwa Verkehr, Industrie oder der Öffentlichen Hand. Als Land können wir unsere Klimaziele jedoch nicht alleine erreichen: Hier sind wir auf den Bund und die EU angewiesen, ebenso auf Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger.

3. Würden sie der Aussage zustimmen das der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung unserer Zivilisation ist und durch schnellstmögliche Maßnahmen, weltweit und somit natürlich auch im Land, aufgehalten werden muss auch wenn dies nicht kostenlos zu machen ist?

Der Kampf gegen die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Wir sind davon überzeugt: der Klimawandel wurde von uns Menschen verursacht, er kann auch von uns Menschen gestoppt werden.

4. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für die Installation von Photovoltaik Modulen auf Neubauten sowie auf Altbauten bei Renovierungen einführt? In mindestens gleichwertig strenger Weise wie Hamburg dies beschlossen hat. [Ja, Nein]
Nein.

5. Werden Sie den dezentralen, bürgernahen Ausbau der erneuerbaren Energien schnellstmöglich fördern um die Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern unnötig zu machen?
Ja.

6. Welchen prozentualen Anteil am deutschen Strommix sollten die erneuerbaren Energien im Jahre 2030 Ihrer Meinung nach haben? Angabe bitte in Prozent.

Für Rheinland-Pfalz nehmen wir Sozialdemokraten uns ein sehr ehrgeiziges Ziel vor und streben als eines der ersten Bundesländer vollständige Klimaneutralität bis 2040 an wobei der gesamte Energiebedarf zu 100% mit Erneuerbaren vorrangig aus regionalen Quellen gedeckt werden soll.

7. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für Nahwärme-Netze, welche perspektivisch vollständig mit Energie aus erneuerbaren Energien betrieben werden, in Neubaugebieten einführt? Sowie das diese sukzessiv im Bestand nachgerüstet werden zur kollektiven Dekarbonisierung des Wärmesektors?

Hinweis: Stichwörter um dies in unseren ländlichen Gebieten ökonomisch zu ermöglichen sind: Kalte Nahwärme, Agrothermie, Saisonale Wärmespeicher, Nahwärmenetze 4.0 und auf Wärmewende.de finden sie viele gute Beispiele.

Nein.

8. Rheinland-Pfalz ist mit dem Saarland das Bundesland mit den meisten Verbrennungsmotor betriebenen PKW je Einwohner, werden Sie sich ernsthaft und tatkräftig dafür einsetzen, dass den Einwohnern zeitnah äquivalente Alternativen geboten werden? Bitte erläutern Sie Ihre Vorschläge hierzu.

Für uns als SPD ist klar: die moderne Verkehrswelt muss erschwinglich und für alle zugänglich, nachhaltig und rohstoffarm, schnell und komfortabel sein – egal ob im ländlichen oder im urbanen Raum. Wir brauchen passgenaue und attraktive Angebote für Jeden.

Wir wollen eine neue Mobilitätskultur schaffen. Negative Auswirkungen des Individualverkehrs wie Stau und Lärm, die Diskussion um Umweltbelastungen und die Frage nach Komfort bringt die Bevölkerung momentan zum Umdenken. Auch die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir Mobilität neu denken müssen. Durch das Mehr an Home-Office gab es weniger Notwendigkeit, mobil zu sein und somit insgesamt weniger Verkehr. Dieses Umdenken müssen wir nutzen, um eine neue Mobilitätskultur zu schaffen.

Klimafreundliche Alternativen wie den Radverkehr, ÖPNV, SPNV und Elektromobilität wollen wir gezielt ausbauen und fördern. Dies wollen wir Hand in Hand mit den Kommunen umsetzen, die wir bei der Erfüllung dieser zentralen Aufgaben finanziell unterstützen wollen. Dafür brauchen wir auch hohe Investitionen in unser Straßennetz.

Ein zentraler Baustein der notwendigen Verkehrswende ist für uns natürlich die Elektromobilität. Wir schaffen daher die Voraussetzungen für eine flächendeckende Ladeinfrastruktur (Schnelladesäulen) für E-Autos und Wasserstoffautos. Durch Vorzüge für emissionsarme Fahrzeuge, was z.B. Parkraum oder die Nutzung von ausgewiesenen Fahrspuren betrifft, wollen wir gezielt Anreize schaffen. Um das zu erreichen, wollen wir die Vernetzung von wichtigen Akteuren auf den unterschiedlichen Gebieten verstärken. Mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen bei der Ladeinfrastruktur sind die Energieversorger dabei einer unserer wichtigsten natürlichen Partner. In ihrer Einbindung sehen wir außerdem das Potenzial, die regionale Wertschöpfung maßgeblich zu stärken – das wollen wir flankieren.

Mit der SPD gilt ganz konkret: Der ÖPNV, SPNV und die Dienstwagenflotte des Landes müssen auf alternative Antriebe umgestellt werden. Wir wollen daher beste Voraussetzung für weiteres Wachstum auf diesem Feld schaffen, indem wir in enger Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern auf diesem Gebiet – also auch den Energieversorgern – entsprechende Anreize schaffen. Zuletzt gab es einen erfreulichen und absolut notwendigen Ausbau der bundesweiten Förderkulisse für alternative Antriebe im ÖPNV. Wir wollen mit ausführlicher Beratung und Information weiterhin dafür sorgen, dass unsere Kommunen und Verkehrsunternehmen von diesen und kommenden Förderprogrammen optimal profitieren könnten.

Für uns steht außer Frage, dass ein leistungsfähiger, attraktiver ÖPNV einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leistet. Wir wollen daher die Möglichkeiten des neuen Nahverkehrsgesetzes (NVG)

nutzen, um hier noch besser zu werden und die Leistungserbringung im ÖPNV stärker mitzugestalten. So wollen wir künftig moderne Fahrzeuge mit neuen oder alternativen Antrieben im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen stärker fördern. So leisten wir einen konkreten Beitrag für mehr alternative Antriebe.

Für einen Öffentlichen Nahverkehr, der seine Vorteile auf Schiene und Straße noch besser ausspielt, nutzen wir außerdem die Chancen der Digitalisierung. Sie ermöglicht individualisierte und umweltschonende Konzepte. Wir wollen eine intelligente Nutzung und Verzahnung von heute noch konkurrierenden Verkehrsmitteln. Alternative Verkehrskonzepte und bürgerschaftlich organisierte Mobilitätsangebote (z.B. Car Sharing, Mitfahrgelegenheiten, Bürger-taxen, Radmietsysteme/Leitsysteme aber auch unsere erfolgreichen Bürgerbusse) sind eine wichtige Ergänzung zu ÖPNV und SPNV. Diese Modelle benötigen digitale Unterstützung, die wir etablieren wollen.

Damit die Nutzung von E-Autos und Wasserstoffautos auch für zukünftige Fahrerinnen und Fahrer zur Normalität wird, werden wir für Fahrschulen die Anschaffung dieser Autos als Lehrfahrzeuge attraktiv gestalten

9. Was halten Sie von der Einführung eines 1,5 Grad kompatiblen CO₂-Budgets für Rheinland-Pfalz, welches jährlich herabgesetzt wird, dessen Einhaltung rechtsverbindlich einzuhalten ist und von unabhängigen Stellen wissenschaftlich überprüft wird.

k.A.

10. Die "CO₂-Steuer" stellt eine wichtige Säule zur Anreizbildung für ein klimagerechteres Wirtschaften dar. Wir fordern eine Höhe der Steuer entsprechend ihrer Folgekosten (laut Umweltbundesamt 195€ pro Tonne). Außerdem fordern wir eine sozial gerechte Anwendung. Wie stehen Sie dazu?

Die Große Koalition in Berlin setzt mit ihrem Programm auf eine CO₂-Bepreisung im Verkehrs- und Gebäudesektor. Das Ziel: Den Ausstoß von Kohlendioxid beim Heizen und Autofahren senken und gleichzeitig die Innovation bei klimafreundlichen Technologien fördern. Dabei sollen sämtliche Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung in Klimaschutzmaßnahmen fließen oder den Bürgerinnen und Bürgern zurückgegeben. Für die Jahre 2021 bis 2025 will die Koalition Emissionszertifikate zu einem jährlich ansteigenden Festpreis von 10 € pro Tonne CO₂ in 2021 bis 35 € in 2025 ausgeben. Der Festpreis wirkt de facto wie eine Steuer und sorgt für Planungssicherheit. In 2026 findet eine Auktionierung der Zertifikate zwischen einem Mindestpreis von 35 € pro Tonne CO₂ und 65 € statt. Die Einnahmen werden vollständig in Klimaschutzmaßnahmen reinvestiert oder den Bürgerinnen und Bürgern zurückgegeben.

11. Täglich werden einige Hektar landwirtschaftlicher Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Dabeis scheint die Anzahl der Einwohner auf Dauer stabil zu bleiben. Durch mehr Wohnfläche je Einwohner und Flächenversiegelungen wird die Fähigkeit der Natur zur Selbstregulation gehemmt. Zudem ist unser aktuelles Modell der intensiv-Landwirtschaft mit extremen Folgeschäden verbunden, was haben sie hier für Vorschläge?

Einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz und zur Verhinderung von Flächenversiegelung sehen wir in der Fortführung bestehender Begrünungskonzepte (z.B. Sonderprogramm „Mehr Grün im Dorf“). Diese wollen wir im Rahmen der Dorferneuerung und im Städtebau zur Stärkung der Artenvielfalt

weiter ausbauen. Dabei zielen die genannten Förderprogramme stets vorrangig auf die Erhaltung, Erneuerung und Entwicklung von Städten und Gemeinden und damit der vorhandenen baulichen Struktur.

Wir wollen zusammen mit unseren Kommunen darauf hinwirken, dass die Anlage von Schotter- und Steingärten eingeschränkt wird. Dies kann durch die Anpassung örtlicher Grünsatzungen und Bebauungspläne geschehen, wo Gartenflächen so definiert werden können, dass Schotterflächen nicht dazu gezählt werden dürfen. Darüber hinaus hat die Landesregierung unter Malu Dreyer in ihrem Nachhaltigkeitsbericht bereits 2019 die Nachhaltigkeitsziele des Landes Rheinland-Pfalz beschrieben. Dazu gehört auch, Flächen effizient zu nutzen, den Flächenverbrauch zu begrenzen und der Innenentwicklung vor dem Neubau auf der grünen Wiese den Vorrang zu geben. Diese Ziele unterstützen wir ausdrücklich und werden sie weiter vorantreiben.

Rheinland-Pfalz ist beim sparsamen Flächenverbrauch bereits auf einem guten Weg. Der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den letzten Jahren lag deutlich unter dem anderer Länder. An dieser guten Entwicklung wollen wir weiterarbeiten.

Die SPD-geführte Landesregierung verfolgt insbesondere mit dem im Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) eine nachhaltige Politik der Entwicklung von Siedlungsflächen. Ein wichtiges Ziel ist zum Beispiel, dass der Nutzung von Flächeninnenpotenzialen vor der Außenentwicklung auf der grünen Wiese Vorrang gegeben werden soll. Die zur Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung dieser Zielsetzung ins Leben gerufenen Projekte wie „Raum+ Rheinland-Pfalz 2011“ zur Erhebung von Siedlungsflächenpotenzialen, den „RAUM+-Monitor“ sowie den „Folgekostenrechner Rheinland-Pfalz“, mit dem die Kommunen neben den kurzfristigen Planungs- und Baukosten auch die mittel- bis langfristigen Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung einer Kommune für neu zu erschließendes Bauland oder von Flächen im Innenbereich vergleichend analysieren können, werden wir weiter fortschreiben.